



Was diese Woche wichtig war

# Taliban formen eine Regierung, Schweizer E-Mail-Dienst muss Kunden verpfeifen und ein Start-up-Wunderkind vor Gericht

Woche 36/2021 – das Nachrichtenbriefing aus der Republik-Redaktion und die Corona-Lage aus der Republik-Redaktion.

Von [Philipp Albrecht](#), [Reto Aschwanden](#), [Ronja Beck](#), [Oliver Fuchs](#), [Lucia Herrmann](#), [Marie-José Kolly](#), [Marguerite Meyer](#) und [Patrick Venetz](#), 10.09.2021

## Afghanistan: Taliban bilden Kabinett aus lauter Hardlinern

**Darum geht es:** Am Dienstag haben die Taliban eine Übergangsregierung für Afghanistan ausgerufen – als «Islamisches Emirat». An der Spitze soll Mullah Mohammad Hassan Akhund stehen. Er hatte bereits in der ersten Taliban-Regierung gewichtige Posten inne. Überhaupt besteht das Taliban-Kabinett mehrheitlich aus Hardlinern der alten Garde, darunter auch Vertreter des berüchtigten Haqqani-Terrornetzwerks. So ist auf den interimistischen Innenminister Sirajuddin Haqqani vom FBI ein Kopfgeld von rund 5 Millionen Dollar ausgesetzt. Weitere Regierungsmitglieder stehen auf schwarzen Listen der Uno und der USA. Wenig überraschend besteht die Regierung nur aus Männern. Dagegen hatte es in Kabul lautstarke Proteste gegeben, vor allem von Frauen. Taliban-Vertreter gingen teilweise mit Gewalt gegen die Protestierenden sowie die einheimischen Journalistin-

nen vor. Hinzu kommt: Die neue Regierung ist ethnisch weniger divers als bisher von Taliban-Vertretern angekündigt.



Afghaninnen protestieren am Mittwoch in Kabul gegen die neue Taliban-Regierung, die aus lauter Männern und Angehörigen der Paschtunen besteht. Marcus Yam/Los Angeles Times/Getty Images

**Warum das wichtig ist:** Afghanistan ist ethnisch vielfältig, neben der dominierenden Volksgruppe der Paschtunen gibt es Tadschikinnen, Usbeken, Hazara (zur Situation dieser Minderheit lesen Sie hier) und viele mehr. Die neue Taliban-Regierung besteht mehrheitlich aus Paschtunen. Fehlende Repräsentation wird es ihr nicht leicht machen, innerhalb des Landes Akzeptanz zu gewinnen – was etwa am erbitterten Widerstand im mehrheitlich von Tadschiken bewohnten Panjshir-Tal deutlich wird. Mit Regierungsvertretern, die auf internationalen schwarzen Listen stehen, wird es auch schwierig, weiterhin auf internationale humanitäre und finanzielle Unterstützung zu zählen – diese benötigten die neuen Machthaber aber, um den endgültigen wirtschaftlichen Absturz des Landes zu verhindern.

**Was als Nächstes geschieht:** Bereits kurz nach der Übernahme von Kabul hat der Internationale Währungsfonds IWF die Gelder für Afghanistan eingefroren, auch andere internationale Finanzquellen sind für die Taliban nicht erreichbar. Das Land ist mehrheitlich von Geld aus dem Ausland abhängig. Das bedeutet: Die Bevölkerung droht in eine Wirtschaftskrise abzurutschen. Zusätzliche Schwierigkeiten verursachen eine seit Monaten andauernde Dürre sowie die Covid-Pandemie. Der Schweizer Bundesrat will die Gelder für humanitäre Hilfe verdoppeln. Noch muss das Parlament darüber beraten.

## **Putsch: Militär will angeblich Guineas Demokratie retten**

**Darum geht es:** Letzten Sonntag hat eine Eliteeinheit des Militärs in Guinea gegen den amtierenden Präsidenten Alpha Condé geputscht. Zunächst war die Situation unübersichtlich, und es kursierten widersprüchliche Berichte. Im Staatsfernsehen verkündete der Anführer des Putsches, Mamady Doumbouya, das Militär habe Condé verhaftet, die Verfassung ausser Kraft gesetzt und die Landesgrenzen geschlossen. International wurde die gewaltsame Machtübernahme einstimmig verurteilt, Uno-Generalsekretär

António Guterres forderte die sofortige Freilassung des Präsidenten. Die Spezialeinheit, die den Präsidenten nun gestürzt hat, wurde 2018 von ihm selbst ins Leben gerufen und seither gefördert.



Der gestürzte Präsident von Guinea, Alpha Condé, zusammen mit Putschisten auf einer Aufnahme des Militärs vom 5. September. EPA/Guinea Military/Keystone

**Warum das wichtig ist:** Die Militärs erklärten, die Demokratie und das Land retten zu wollen. Der abgesetzte Präsident Alpha Condé regierte Guinea seit den ersten demokratischen Wahlen im Jahr 2010. Als demokratischer Hoffnungsträger gestartet, zog er in den vergangenen Jahren zunehmend Kritik auf sich, weil er gegen Oppositionelle vorging und unter anderem die Verfassung ändern liess, damit er 2020 für eine dritte Amtszeit kandidieren konnte. Proteste dagegen liess er gewaltsam niederschlagen. Aus diesen Gründen gibt es in Guinea auch Stimmen, die die militärische Intervention begrüßen – wie etwa der Oppositionsführer, Cellou Dalein Diallo. In westafrikanischen Ländern gab es dieses Jahr schon mehrere Staatsstreiche. Beobachterinnen sehen einen Grund darin, dass das Militär in diesen Ländern durch den Kampf gegen Jihadisten in der Region zunehmend auch zu innenpolitischen Machtfaktoren wurde.

**Was als Nächstes geschieht:** In den kommenden Wochen will die Militärführung die Rahmenbedingungen für den Übergang zu einer zivilen Ordnung festlegen und eine «Regierung der nationalen Einheit» ernennen. Wann das Militär die Macht wieder abgeben und wer an dieser neuen Regierung beteiligt sein wird, ist jedoch unklar. Guinea ist eines der ärmsten Länder der Welt, aber reich an Rohstoffen: Das Land zählt zu den wichtigsten Exporteuren von Bauxit (einem Erz, das zur Herstellung von Aluminium verwendet wird). Anfang der Woche sind die Preise für Aluminium in die Höhe geschnellt, auf die Exporte (namentlich nach China) werden die politischen Entwicklungen aber vermutlich keine Auswirkungen haben.

## **Überwachung: Daten aus der Schweiz führen zu Verhaftung in Frankreich**

**Darum geht es:** Der Schweizer E-Mail-Dienst Protonmail musste auf Anordnung der Schweizer Behörden Anfang 2021 Verbindungsprotokolle (IP-Adressen) herausgeben. Damit identifizierten und verhafteten Behör-



den in Frankreich offenbar einen Klimaaktivisten. Nun steht die Firma insbesondere in der Kritik, weil das Unternehmen bis anhin damit warb, standardmässig keine Verbindungen zu protokollieren.

**Warum das wichtig ist:** Kommunikationsanbieter sind aufgrund des Bundesgesetzes betreffend Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Büpf) gezwungen, sogenannte Randdaten wie IP-Adressen oder E-Mail-Absender aufzuzeichnen. Diese müssen sie Behörden auf Anfrage hin zur Verfügung stellen. Die Weitergabe der Daten des Aktivisten stösst nun aber auf Unverständnis – namentlich weil eine ausländische Strafverfolgungsbehörde Informationen eines Schweizer Unternehmens erhielt. Im vorliegenden Fall sah Protonmail aber keine Möglichkeit, Widerspruch einzulegen: Die französische Polizei hatte im Zusammenhang mit Ermittlungen um Hausbesetzungen via Europol ein Gesuch an die Schweiz gestellt. Daraufhin forderte eine Schweizer Behörde bei Protonmail Verbindungsdaten von mindestens einer Nutzerin an. Dagegen habe es keine Handhabe gegeben: «Das Schweizer Gesetz verpflichtet uns dazu, Anfragen von Schweizer Behörden zu beantworten», schrrieb Protonmail-CEO Andy Yen auf Twitter.

**Was als Nächstes geschieht:** Solche Auskunftsanfragen nahmen in der Schweiz seit der Revision des Büpf 2018 stark zu. Bei Protonmail verdoppelten sich Anfragen von Behörden zwischen 2019 und 2020, und mit der Annahme des Anti-Terror-Gesetzes (PMT) im Juni muss mit einer weiteren Zunahme gerechnet werden.

## **Betrug: Start-up-Wunderkind Elizabeth Holmes steht vor Gericht**

**Darum geht es:** In der bislang grössten Betrugsaffäre im Silicon Valley begann diese Woche in San José die Gerichtsverhandlung. Angeklagt ist Elizabeth Holmes, eine einst gefeierte Biotech-Unternehmerin, deren Erfindung nie funktioniert hat.



Ihr drohen 20 Jahre Haft und eine Millionenbusse: Elizabeth Holmes und ihr Mann auf dem Weg ins Gericht in San José, Kalifornien. David Odisho/Bloomberg/Getty Images

**Warum das wichtig ist:** Für Kritiker des Silicon-Valley-Kapitalismus ist der Fall Holmes die logische Konsequenz einer fehlgeleiteten Techbranche. Mit ihrer Firma Theranos (aus *therapy* und *diagnosis*) hat Elizabeth Holmes 700-

Millionen Dollar von Investoren eingesammelt – 125 Millionen allein von Medienmogul Rupert Murdoch –, um ein Gerät zu entwickeln, das in einem einzigen Tropfen Blut 200 Krankheiten erkennen sollte. Doch «Edison», wie sie den kleinen Blutschnelltester in Anlehnung an den grossen Erfinder taufte, brachte nicht annähernd die versprochene Leistung. Sie hielt ihre Angestellten dazu an, die Tests mit herkömmlichen Laborgeräten von Siemens durchzuführen, und bei Livepräsentationen schummelte sie mit vorgefertigten Resultaten. Holmes, die ihre Firma 2003 nach einem abgebrochenen Chemiestudium gegründet hatte, zelebrierte ihre Bewunderung für Apple-Gründer Steve Jobs, indem sie dunkle Rollkragenpullover trug und ihr Produkt «iPod des Gesundheitswesens» nannte. Innert zehn Jahren wuchs Theranos mit Sitz in Palo Alto auf über 800 Angestellte an, und im Verwaltungsrat nahmen Prominente wie Ex-Aussenminister Henry Kissinger und der spätere Verteidigungsminister James Mattis Einsitz. Auf dem Höhepunkt 2015 wurde die Firma mit 9 Milliarden Dollar bewertet und Holmes mit 31 Jahren zur jüngsten Milliardärin der Welt erkoren. Doch das Kartenhaus brach noch im selben Jahr zusammen, als das «Wall Street Journal» den Betrug aufdeckte.

**Was als Nächstes geschieht:** Der Prozess wird wohl bis Mitte Dezember dauern. Holmes' Anwälte versuchen, die Aufmerksamkeit auf Ramesh «Sunny» Balwani zu lenken. Der Geschäftsmann pakistanischer Herkunft, der mit Holmes liiert und bei Theranos für das Tagesgeschäft verantwortlich war, habe sie «psychologisch missbraucht». Holmes drohen 20 Jahre Haft und eine Millionenbusse. Balwanis Prozess soll im Januar beginnen.

## Der Corona-Lagebericht

Joggen Sie? Sind Sie Langläuferin? Sonst ein Ausdauersport?

Falls ja, werden Sie ein grosses Problem, vor dem die Schweiz gerade steht, sehr direkt nachvollziehen können. Falls nein – indirekt reicht auch. Aber der Reihe nach.

Vergangene Woche hatte der Bundesrat trotz grosser Zustimmung aus den Kantonen noch zugewartet, doch nun hat er entschieden: Ab nächstem Montag wird das Covid-Zertifikat an vielen Orten Pflicht, so etwa im Restaurant, Hallenbad, im Gym und an Veranstaltungen mit mehr als 30 Besucherinnen (mehr dazu im Briefing aus Bern).

Die Hoffnung des Bundesrats, dass sich mit dem Ende der Ferienzeit auch die Lage deutlich beruhigt, hat sich zerschlagen.

Wobei ... wie Sie gleich sehen werden, sind in den letzten Tagen weniger Spitaleintritte gemeldet worden. Das ist eigentlich eine ausgesprochen gute Nachricht, nur nützt das wahrscheinlich nicht so viel wie erhofft.

Denn stellen Sie sich vor, Sie sind grade Ihren ersten Marathon gelaufen. Taumeln stolz, aber erschöpft über die Ziellinie. Und erfahren dann, dass Sie es hier in Tat und Wahrheit mit einem Ultramarathon zu tun haben. Den ersten Abschnitt haben Sie hinter sich, aber jetzt gehts hoch in die Hügel. Etwa so dürfte es in den letzten Monaten und Wochen vielen ergangen sein, die in der Pflege arbeiten.

In den letzten Tagen ist nämlich deutlich geworden, dass von den offiziell rund 860 Intensivbetten in der Schweiz zwischen 50 und 100 praktisch nur auf dem Papier existieren: Es gibt sie zwar, aber es gibt zu wenige Pflegenden, um die Menschen darin optimal zu betreuen. «In den letzten Wochen wurden an einigen Orten die Kapazitäten der Intensivpflege tendenziell zu hoch ausgewiesen», heisst es in einem internen Schreiben der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren, über das der «Blick» berichtet hatte.

Das Problem sind also nicht die Betten, sondern das fehlende Fachpersonal. Letzteres reicht nur für die konstante Betreuung von 750 bis 800 IPS-Betten, so die Einschätzung der Schweizerischen Gesellschaft für Intensivmedizin. Grund: Irgendwann zwischen Marathon-Ende und Mitte des unfreiwilligen Ultramarathons haben manche Intensivpflegerinnen aufgegeben und ihren Beruf verlassen. Dadurch wurde der schon vor der Pandemie bestehende Fachkräftemangel noch verstärkt.

Unterdessen ist es zu spät, um mit neuen Impfungen die aktuelle Welle zu bremsen. Denn zwischen dem ersten Piks und vollständigem Impfschutz liegen rund sechs Wochen. Aber alle, die sich *jetzt* impfen lassen, tragen etwas dazu bei, dass das Spitalpersonal am Schluss dieses Ultramarathons nicht auch noch den Everest in Angriff nehmen muss.

## **Zum Schluss: Der Bischof und die Erotik-Schriftstellerin**

Xavier Novell war der Hoffnungsträger der katholischen Kirche Spaniens. Mit 41 wurde er zum jüngsten Bischof des Landes und profilierte sich als strammer Glaubensmann, der Konversionstherapien für Homosexuelle unterstützte und auch gern mal als Exorzist amtierte. Im August trat

er zurück, offiziell aus privaten Gründen. Nun wurde bekannt, dass sich der Bischof verliebt hat. Sein Herz erobert hat eine geschiedene Psychologin, die – *horribile dictu* – erotische Bücher mit okkulten Schlagseite («Die Hölle von Gabriels Lust») schreibt. Kein Wunder, mutmasst nun mancher Glaubensbruder, der Bischof sei besessen. Womöglich ist ja bei einem Exorzismus das Böse in ihn gefahren. Und vielleicht lehnte er es deshalb ab, sich seinerseits einem Exorzismus zu unterziehen, wie es ihm Gerüchten zufolge der Papst höchstselbst nahelegte. Welcher Sünder will sich schon von einem Priester den Teufel austreiben lassen, wenn er stattdessen eine Hexe haben kann?

## Was sonst noch wichtig war

- **Frankreich I:** Am Mittwoch hat der Prozess zum Terrorangriff in Paris vom November 2015 begonnen. Vor Gericht stehen der einzige überlebende Attentäter sowie 19 mutmassliche Helfer. Bei den Anschlägen auf den Musikclub Bataclan, das Stade de France sowie mehrere Bars und Bistros starben 130 Menschen.
- **Frankreich II:** Verhütungsmittel sind ab nächstem Jahr für Frauen bis 25 gratis. Schon seit 2013 erhalten junge Frauen bis 18 kostenfrei Verhütungsmittel, seither ist die Abtreibungsrate in dieser Altersgruppe gesunken.
- **Grossbritannien:** Das Unterhaus hat eine Steuererhöhung beschlossen. Damit sollen rund 15 Milliarden Franken ins unterfinanzierte und überlastete Gesundheitssystem fließen. Mit der Reform soll auch der Eigenanteil an Pflegekosten gedeckelt werden.
- **Belarus:** Die Oppositionspolitikerin Maria Kolesnikowa muss 11 Jahre in Haft. Der mitangeklagte Anwalt Maxim Snak erhielt 10 Jahre. Im Urteil wird den beiden versuchte illegale Machtergreifung zur Last gelegt.
- **Marokko:** Bei den Parlamentswahlen haben die gemässigten Islamisten, die bisher regierten, den Grossteil ihrer Sitze verloren. Ein Grund für die massiven Sitzverschiebungen ist eine Reform des Wahlrechts, die dazu führt, dass kaum eine Partei eine Mehrheit erringen kann.
- **Syrien:** Amnesty International (AI) dokumentiert in einem neuen Bericht Tötungen und Vergewaltigungen von Geflüchteten, die ins Land zurückkehren. AI fordert Syriens Nachbarländer und die EU auf, niemanden nach Syrien zurückzuschicken.
- **Brasilien:** Am Unabhängigkeitstag gingen Zehntausende Anhängerinnen von Präsident Jair Bolsonaro auf die Strasse. Manche forderten offen einen Putsch und die Rückkehr zur Diktatur. Ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen sind Bolsonaros Umfragewerte im Keller.
- **USA:** Der texanische Gouverneur hat das umstrittene neue Wahlgesetz in Kraft gesetzt. Die Möglichkeiten zur Briefwahl und die Öffnungszeiten von Wahllokalen werden eingeschränkt. Die Demokraten sehen im neuen Gesetz eine antidemokratische Massnahme der Republikaner zum eigenen Machterhalt.
- **China:** Die Polizei hat vier Mitglieder der Gruppe verhaftet, die in Hongkong ein Museum im Gedenken ans Tiananmen-Massaker betrieb. Danach führte sie eine Razzia durch und beschlagnahmte zahlreiche Exponate.

## Die Top-Stories

**Nach dem Terror** Was lief falsch? Was hätte verhindert werden können? Im Zusammenhang mit der Attentatsserie vom 13. November 2015 in Paris (der Prozess dazu startete diese Woche, siehe weiter oben) hat sich eine parlamentarische Untersuchungskommission dieser Fragen angenommen.



Eine Arte-Dokumentation erzählt ihre Arbeit nach. Und liefert erschütternde Antworten.

**Die Angst vor der Natur** Wer entscheidet, wie wir sind? Unsere Gene oder unser Umfeld? Die *Nature-versus-nurture*-Debatte wird seit Jahrzehnten heiss geführt. Die renommierte Verhaltensgenetikerin Kathryn Paige Harden liefert nun einige spannende Antworten. Doch in liberalen Kreisen stösst sie damit oft auf Beton, wie ein Porträt im «New Yorker» zeigt.

**Aus der Traum** Julius Ssekitoleko, Gewichtheber aus Uganda, will an den olympischen Spielen in Tokio brillieren. Stattdessen schläft er auf den Strassen von Nagoya und wird trotzdem weltberühmt. Wie konnte es so weit kommen? Die NZZ hat den Gewichtheber in seiner Heimat getroffen.

Illustration: Till Lauer